Altlandsberg, 20. April 2016

**An die Mitgliedsunternehmen**

**und Fördermitglieder!**

**Mitglieder-Info 04/2016**

Sehr geehrte Verbandsmitglieder,

im Rahmen unseres periodischen Rundschreibendienstes möchten wir Ihnen die nachfolgenden Informationen zur Verbandsarbeit sowie zu ausgewählten fachlichen Sachverhalten zur Verfügung stellen.

**1. Verbandsinterna**

**1.1. Fachausschuss Düngung/Pflanzenschutz am 6./7. April 2016 in Rostock**

Zu seiner Frühjahrstagung trat der gemeinsame Fachausschuss Düngung/Pflanzenschutz am 6./7. April 2016 in Rostock zusammen. Auf Einladung unseres Fördermitglieds YARA GmbH & Co. KG wurde dessen Düngemittelwerk in Rostock-Poppendorf besucht.

Nach einer Vorstellung des Produktionsstandortes wurde das Werk besichtigt. Fachkundige Erklärungen erfolgten durch den Produktionsleiter der Düngemittelfabrik.

Daran anschließend berichteten **Herr Hoppe** und **Frau Hansen** von der Fachberatung „Wasserrahmenrichtlinie und Landwirtschaft“ innerhalb der LMS Agrarberatung GmbH Rostock über die Umsetzung sowie Probleme der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und der Nitratrichtlinie im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Daran schloss sich eine Information über die Ergebnisse des DM/PSM-Ausschusses des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft e. V. (BVA) am 29.02.2016 in Kassel an.

Der Abend klang dann mit einem zünftigen Fischessen im Rostocker Traditionslokal „Kogge“ aus.

Am Vormittag des 7. April 2016 stand dann eine Hafenrundfahrt in Rostock auf dem Programm.

**Wir bedanken uns an dieser Stelle ganz herzlich bei Herrn Dietz von YARA und den Kollegen vom Düngemittelwerk für die gelungene Fachausschussberatung.**

**1.2. Arbeitsberatung in Altlandsberg**

Die Mitarbeiter der Verbandsgeschäftsstellen der Regionalverbände haben am 13.04.2016 in Altlandsberg eine ausführliche Arbeitsberatung zur Vorbereitung/Umsetzung von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Verbandsfusion durchgeführt. In einer detaillierten Aktivitätenliste wurden dabei die notwendigen Arbeitsschritte, Termine sowie Verantwortlichkeiten dokumentiert.

Im Nachgang zur letzten Sitzung des Fachverbandspräsidiums (siehe auch Mitglieder-Info 03/2016 vom 22.03.2016) wurde nochmals intensiv über die Verfahrensweise mit den Fördermitgliedern im Zusammenhang mit der Verbandsfusion gesprochen und daraus folgend Verbandspräsident Wildt vorgeschlagen, abweichend vom Protokoll der Präsidiumssitzung, doch ein gemeinsames Treffen mit unseren Fördermitgliedern durchzuführen.

Dieses wurde zwischenzeitlich auf den 7. Juli 2016 in Brehna mit folgenden Inhalten terminisiert:

* Wertung der bisherigen Zusammenarbeit
* Information zur Verbandsfusion und den damit verbundenen Strukturveränderungen
* Fortsetzung/Ausgestaltung der künftigen Zusammenarbeit einschl. der Gewährung der finanziellen Beiträge
* Eventuell: Fachvortrag von Herrn Dr. Schuhmacher (freiberuflicher Berater bei der BayWa).

Eine entsprechende Einladung wird in Kürze verschickt.

Des Weiteren wurde der **Arbeitsplan 2016** im Detail noch einmal besprochen und die Verantwortlichkeiten präzisiert. Als Themen der **Fachvorträge zum Verbandstag 2017** wurden zur Sprache gebracht:

* Dr. Schuhmacher (s. o.) – Freihandelsvertrag mit USA
* Herr Röser, BASF – Landwirtschaft 4.0
* Staatssekretär BMEL Dr. Kloos – Freier Markt versus staatliche Reglementierung
* Prof. Dr. Langosch, HS Neubrandenburg – Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit

**1.3. Erfahrungsaustausch zum Softwarepaket der Fa. AMIC GmbH**

Im Ergebnis einer gemeinsamen Interessentenabfrage mit dem Verband Sachsen/Thüringen zur kaufmännischen Software der Fa. AMIC bereiten wir einen Erfahrungsaustausch zu diesem Programm vor.

Dieser findet am Mittwoch, 15. Juni 206, in den Räumen der Agroservice altenburg-Waldenburg e. G. in Ehrenhain (Thüringen) statt.

**Bitte merken Sie sich diesen Termin vor!**

Die detaillierte Einladung geht Ihnen in Kürze zu.

**1.4. BVA-Pressekonferenz:**

**Neue Vermarktungsstrategien gefordert – Düngergeschäft rückläufig**

„Die sehr gute Versorgungslage auf den Getreidemärkten zwingt die Landwirte ihre Vermarktungsstrategie neu auszurichten“, erklärte BVA-Präsident Konrad Weiterer auf der Jahrespressekonferenz des Verbandes in Berlin.

Nach drei Rekordernten in Folge haben die globalen Weizen- und Maisbestände ein Rekordhoch erreicht. In diesem Umfeld gewinnt die kontinuierliche Vermarktung an Bedeutung, so Weiterer. Ware in der Hoffnung auf steigende Preise zurückzuhalten, habe in diesem Wirtschaftsjahr nicht zu höheren Erlöse geführt. „Die Lücken haben andere gefüllt“, stellte der BVA-Präsident fest. Im Rahmen der Pressekonferenz nahm der BVA zu verschiedenen Themen Stellung.

**Exportmarkt und Mischfutterindustrie bieten Absatzchancen**

Nach Aussage von BVA-Präsident Weiterer ist in den vergangenen Wochen die Abgabebereitschaft der Landwirte gestiegen. Er rät den Landwirten, die aktuelle Exportnachfrage zu nutzen und sich von ihrem noch auf den Höfen liegenden Weizen trennen. Auch die Mischfutterindustrie bietet bis zur Ernte noch Absatzmöglichkeiten. Die Vermarktung der neuen Ernte läuft nur schleppend an. Vorkontrakte erreichen nicht die Mengen aus den Vorjahren, obwohl die Verarbeiter daran interessiert sind, Ware in die Bücher zu nehmen.

**Verzögerungen bei Wirkstoff-Wieder-zulassungen unverständlich**

„Die Tendenz zu Verzögerungen bei Wiederzulassungen von Pflanzenschutzmittelwirkstoffen stößt im Agrarhandel auf Unverständnis“, erklärte BVA-Geschäftsführer Arnim Rohwer. „Unsere Mitgliedsunternehmen beliefern die Landwirtschaft nicht nur mit Pflanzenschutzmitteln, sondern stellen ihr auch Informationen und Beratungsangebote zur Verfügung, die auf eine sachgerechte, bedarfsorientierte und dem integrierten Pflanzenschutz entsprechende Anwendung abzielen“, stellte Rohwer fest. Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, bedarf es einer gewissen Planungssicherheit sowohl beim Handel als auch in der Landwirtschaft. Die wird es nicht mehr geben, sollte die Zulassungspraxis wie derzeit etwa beim Wirkstoff Glyphosat oder Pirimiphosmethyl (Wirkstoff im Vorratsschutz) Schule machen.

**BVA bekräftigt Nein zur Pflanzenschutzsteuer**

Mit Blick auf jüngste Äußerungen bekräftigt der BVA seine strikte Ablehnung zur Besteuerung von Pflanzenschutzmitteln. Der Einsatz orientiert sich nicht an politischen Vorgaben, sondern agronomischen Erfordernissen. Der Landwirt setzt das Mittel ein, wenn er es anzuwenden hat. Das wird auch eine Steuer nicht ändern. Werden alle gesetzlichen Vorgaben und die für das jeweilige Mittel festgelegten Anwendungsbestimmungen eingehalten, stellen Pflanzenschutzmittel keine Gefahr für die Umwelt dar. Stimmen, die meinen, der Anwender von Pflanzenschutzmitteln müsse die gesellschaftlichen und ökologischen Folgekosten übernehmen, vergessen dabei, dass die konventionelle Landwirtschaft mit ihren Produkten den allergrößten Teil der hiesigen Bevölkerung ernährt. Und dass mit Lebensmitteln, die noch nie so sicher waren wie heute. Der Anteil konventioneller Produkte am Gesamtlebensmittelumsatz betrug 2015 immerhin 90 %. Kurzum: Will man die Folgekosten beziffern, muss man auch den Nutzen des Pflanzenschutzmittel-Einsatzes wertmäßig dagegenstellen.

**Düngemittelgeschäft rückläufig**

Die niedrigen Erzeugerpreise wirken sich auch auf das Düngergeschäft des Agrarhandels aus. Landwirte versuchen Kosten zu senken. Die Absatzzahlen fast aller mineralischen Dünger liegen in diesem Wirtschaftsjahr unter denen des Vorjahres.

Für die Zukunft rechnet der BVA mit einem weiter sinkenden Mineraldüngergeschäft, v.a. auch bedingt durch die Dünge-Verordnung, die wahrscheinlich noch 2016 in Kraft treten wird. Die gezielte Versorgung der Pflanzen mit organischen Wirtschaftsdüngern, wie Gülle, Mist und Gärresten aus Biogasanlagen wird dagegen an Bedeutung gewinnen. Der BVA geht davon aus, dass bei den ergänzenden mineralischen Düngergaben Landwirte zunehmend individuelle Mischungen nachfragen.

**EU-DüngemittelVO kritisch zu bewerten**

Mit einer komplett überarbeiteten EU-Düngemittel-Verordnung will die EU-Kommission die Verwendung organischer Abfälle als Düngemittel erleichtern und sie nichtorganischen Düngemitteln wettbewerbsrechtlich gleichstellen. Der BVA geht davon aus, dass durch die neue EU-Düngemittelverordnung mit einer deutlichen Zunahme von organischen Düngemitteln zu rechnen ist. Vor allem die Betrachtung möglicher Düngemittel aus organischen Reststoffen darf sich nicht nur auf den Gedanken der Kreislaufwirtschaft und die Versorgung mit Nährstoffen aus eigenen Quellen reduzieren lassen.

Bei so genannten Siedlungsabfällen wie Klärschlamm oder Bio-Abfall-Kompost kann das Risiko nicht ausgeschlossen werden, dass Reste von Haushaltschemikalien, Arzneimitteln oder hormonell wirkende Substanzen (z. B. Anti-Baby-Pille) das Substrat belasten und durch die Ausbringung ungewollt in das Ökosystem Acker und schließlich in den Nahrungskreislauf des Menschen gelangen.

Ausführliche Infos über die Pressekonferenz finden Sie in den Anlagen.

**1.5. Verbände: DVT und DRV rücken näher zusammen**

Der Deutsche Verband Tiernahrung e. V. (DVT) und der Deutsche Raiffeisenverband e. V. (DRV) vereinbaren eine enge Zusammenarbeit im Arbeitsbereich der Futterwirtschaft. Die Verbände stärken damit die Interessenvertretung für ihre Mitgliedsunternehmen und bündeln gemeinsame Arbeitsfelder sowie fachliche Aufgaben in Ausschüssen. Die Bündelung der Kräfte haben die Spitzengremien beider Verbände in der vergangenen Woche beschlossen. Die Vereinbarung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

„Die vereinbarte Kooperation wird den Unternehmen der gesamten Futterwirtschaft in Deutschland angesichts der zahlreichen Herausforderungen Vorteile und Synergien bringen,“ unterstreicht DRV-Präsident Manfred Nüssel die strategische Bedeutung.

Bereits seit geraumer Zeit haben sich beide Verbände in vielen Fachthemen miteinander abgestimmt und weitgehend einheitliche Positionen vertreten. DVT-Präsident Jan Lahde betont: „Das ist eine gute Basis für den Erfolg dieser engeren Kooperation. Denn wir brauchen eine starke, einheitliche Stimme für die Hersteller von Tiernahrung gegenüber Politik und Gesellschaft.“

Bislang vertritt der DVT rund 80 Prozent aller Unternehmen in der Futterwirtschaft von Herstellern für Vormischungen und Futterzusatzstoffen bis zu Mischfutterherstellern, davon zum überwiegenden Teil privatwirtschaftliche, aber auch genossenschaftliche Unternehmen. Im DRV sind die in der Futtermittelwirtschaft aktiven Haupt- und Primärgenossenschaften organisiert.

Ziel ist es, Doppelarbeit zu vermeiden und den jeweiligen Mitgliedern einen größtmöglichen Nutzen zu bieten. Dies geschieht unter anderem durch die Beratung in wirtschaftlichen und fachlichen Fragen. Aber vor allem die Interessenvertretung der Futtermittelbranche entlang der Wertschöpfungskette wird weiter gestärkt. (*agt* )

**2. Agrarwirtschaft**

**2.1. DBV-Konjunkturbarometer:**

**Stimmungslage in der Landwirtschaft weiter gesunken**

Die Ergebnisse des Konjunkturbarometer Agrar des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zeigen für März 2016 eine weiter verschlechterte wirtschaftliche Stimmungslage in der deutschen Landwirtschaft. Eine angespannte Liquiditätslage in vielen Betrieben führt zu einem drastischen Rückgang der Investitionsbereitschaft. Das für die nächsten sechs Monate geplante Investitionsvolumen fällt auf 3,7 Mrd. Euro. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sind das 1,4 Mrd. Euro, gegenüber dem Stand von vor zwei Jahren sogar 2,4 Mrd. Euro weniger.



Nur 23 % der Landwirte wollen in den kommenden sechs Monaten investieren; vor einem Jahr waren es noch 34 %, vor zwei Jahren 36 %. Die Investitionszurückhaltung betrifft alle Betriebsformen.

21 % der Landwirte geben an, dass die Liquiditätslage ihrer Betriebe angespannt oder sehr angespannt ist. Unter den Futterbau- und Veredlungsbetrieben sind es sogar entsprechend 27 %. Gegenüber den vorangegangenen Erhebungen hat sich die Liquidität in den Betrieben deutlich verschlechtert. Noch vor einem Jahr (März 2015) klagten nur 11 %über eine angespannte oder sehr angespannte Liquiditätssituation.

Aktuell ist der Konjunkturindex gegenüber der vorangegangenen Erhebung (Dezember 2015) von 11,8 auf 3,4 Punkte stark zurückgegangen und nähert sich dem Rekordtiefstand aus dem Herbst 2009 an. Von Ende 2010 bis Mitte 2014 lag dieser Wert zwischen 30 und 35 Punkten, in der Spitze sogar bei 37 Punkten. Der Indexwert fasst die Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung und die Erwartungen an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zusammen.

**2.2. Fördermittel für den ländlichen Raum**

Die Bundesregierung stellt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) Fördermittel in Höhe von rund 600 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Zusammen mit den bereitgestellten Mitteln der Bundesländer ergebe das rund eine Milliarde Euro pro Jahr. Mit diesem Geld sollen der Strukturwandel im ländlichen Raum begleitet und negative Auswirkungen abgefedert werden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (18/7925) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/7758) hervor. Weiter heißt es, dass neben der GAK-Förderung in der Förderperiode von 2014 bis 2020 über acht Milliarden Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zur Verfügung stehen. Durch Umschichtungen innerhalb des für die Landwirtschaft vorgesehenen Budgets werde sich dieser Betrag um eine Milliarde erhöhen. Zusammen mit den dafür erforderlichen nationalen Mittel zur Mitfinanzierung und zusätzlichen Fördergeldern stünden in der laufenden Förderperiode somit fast 18 Milliarden Euro zur Verfügung.

**2.3. System zur Leistungsmessung der Agrarsubventionen nicht ausreichend**

Im kürzlich veröffentlichten Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes (ERH) geht dieser davon aus, dass das System zur Beurteilung der Frage, wie EU-Maßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zur Stützung der Einkommen von Landwirten beitragen, nicht gut genug konzipiert und nur begrenzt aussagekräftig sei. Es fehlten geeignete Daten, mit denen sich nachweisen ließe, dass die Stützung der Einkommen von Landwirten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik auf wirksame und effiziente Weise zur Erreichung der Ziele dieser Politik beitrage.

Geprüft wurden neben Deutschland noch Spanien, Frankreich, die Niederlande, Polen und Rumänien, da diese neun Mitgliedstaaten mehr als die Hälfte der Agrarmittel erhalten. Die neuen Vorschriften für die GAP geben vor, dass die Kommission die Auswirkungen von Agrarbeihilfen im Vergleich zu den mit diesen Beihilfen verfolgten Zielen bewerten muss. Der ERH untersuchte daher die Konzeption des Leistungsmessungssystems, das die Kommission in Bezug auf die Einkommen von Landwirten verwendet und ging ebenso der Frage nach, ob die erforderlichen statistischen Daten genau definiert waren und ob ihre Qualität angemessen war. Rund ein Drittel des EU-Haushalts, also 270 Mrd. EUR, werden im Zeitraum 2014 bis 2020 für die direkte oder indirekte Stützung der Einkommen der Landwirte ausgegeben. Die vagen Ziele einiger GAP-Maßnahmen und das Fehlen von Ausgangswerten erschweren die Beurteilung, ob die Zielsetzungen erreicht werden.

Für den neuen Förderraum nach 2020 empfiehlt der ERH, dass die Kommission geeignete operationelle Ziele und Ausgangswerte definiert, anhand deren die Leistung der GAP-Maßnahmen verglichen werden können und dass der bestehende Rahmen der Leistungsindikatoren für Bewertungen um andere relevante und hochwertige Daten zur Messung der erzielten Ergebnisse ergänzt wird. Ebenso solle die Kommission die Wirksamkeit und Effizienz der zur Stützung der Einkommen von Landwirten konzipierten Maßnahmen vorab beurteilen.

**2.4. Bereinigung Bundesrecht:**

**Mehr als 20 Regelungen im Agrarbereich endgültig gestrichen**

Mit der Zustimmung des Bundesrates vergangene Woche zum Zweiten Gesetzentwurf über die weitere Bereinigung von Bundesrecht, fallen allein im Agrarbereich an die 20 mittlerweile gegenstandslos gewordene Regelungen endgültig weg. Insgesamt werden mit dem Gesetz mehr als 120 Vorschriften gestrichen. Nicht mehr benötigt werden beispielsweise die in den Wirtschaftsjahren 1997/98 bis 2004/05 erlassenen Verordnungen über die Saldierung von Grundflächen, da sie mit der Einführung der Betriebsprämienregelung von 2005 überflüssig geworden sind. Dies gilt auch für die Obstbaumrodungsverordnung von 1998, gemäß der sich die Erzeuger verpflichten mussten, bei Inanspruchnahme der Rodungsprämie 15 Jahre keine Apfel-, Birnen, Pfirsich- oder Nektarinenbäume auf den Rodungsflächen anzupflanzen.

Überholt hat sich mit der Einführung der neuen Basisprämienregelung von 2015 zudem die Regelung über die Gleichstellung stillgelegter und landwirtschaftlich genutzter Flächen. Auch einige Verordnungen zur Abgabe von Rindfleisch aus der staatlichen Lagerhaltung sind obsolet geworden.

**2.5. Keine räumliche Verlagerung von ökologischen Vorrangflächen**

Bei der Umsetzung des Greening ist es bislang im Bundesgebiet zu keiner nennenswerten räumlichen Verlagerung von ökologischen Vorrangflächen aus landwirtschaftlichen Gunstregionen auf ertragsschwache Standorte gekommen. Das geht aus einem Bericht des Bundeslandwirtschaftsministeriums für die Agrarministerkonferenz in dieser Woche in Göhren-Lebbin hervor.

Ursache dafür ist demzufolge insbesondere die Möglichkeit, ökologische Vorrangflächen produktiv nutzen zu können. Eine Rolle spielten darüber hinaus die begrenzten Zupachtmöglichkeiten in anderen Regionen angesichts einer angespannten Situation auf dem Pachtmarkt sowie das Bestreben der Landwirte, möglichst für alle verfügbaren Flächen Zahlungsansprüche zu beantragen.

Laut Ministeriumsbericht wurden im vergangenen Jahr in Deutschland 1,367 Mio. ha ökologische Vorrangflächen angemeldet. Davon entfielen mit gut 930 000 ha mehr als zwei Drittel auf Zwischenfrüchte und Grasuntersaaten. Auf knapp 162 000 ha wurden stickstoffbindende Pflanzen angebaut. Der Umfang der brachliegenden Flächen, die als ökologische Vorrangflächen angemeldet wurde, belief sich auf knapp 222 000 ha.

**2.6. BVL: Fragen und Antworten zu den neuen Pflanzenzüchtungstechniken**

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat kürzlich festgestellt, dass die Anwendung eines Verfahrens dieser neuen Züchtungstechniken, die Oligonukleotid gerichtete Mutagenese (OGM), nicht unter das Gentechnikrecht fällt und Raps, der über dieses Verfahren durch eine Punktmutation verändert wurde, kein gentechnisch veränderter Organismus im Sinne des Gentechnikgesetzes darstellt.

Das BVL hatte zur gentechnikrechtlichen Einordnung von neuen Pflanzenzüchtungstechniken, insbesondere OGM und CRISPR-Cas9, bereits im November 2015 ausführlich Stellung genommen. Ferner berichtet das BVL auf seinen Internetseiten über die jüngste Entwicklung des „genome editing“. Züchter erhoffen sich von den neuen Pflanzenzüchtungstechniken rasche und kosteneffiziente Züchtungsfortschritte. Kritiker warnen vor Risiken und sehen einen Regulierungsbedarf für diese Techniken ähnlich wie bei der konventionellen Gentechnik.

Das BVL hat nun eine Liste häufig gestellter Fragen zu diesen neuen Pflanzenzüchtungstechniken mit Antworten zusammengestellt. Sie dienen der Orientierung und sollen die Diskussion auf eine fachliche Grundlage stellen.

(<http://www.bvl.bund.de/DE/06_Gentechnik/04_Fachmeldungen/2016/2016_04_07_Fa_neue_Zuechtungsverfahren.html>)

**3. Meldungen zur Ernte**

* **USDA hebt Prognose für weltweite Weizen- und Maisernte an**

USDA hebt Prognose für weltweite Weizen- und Maisernte an

Das US-Agrarministerium (USDA) hat seine Prognose für das weltweite Maisangebot 2015/16 erneut erhöht. So steigen die Aussichten für die globale Maiserzeugung um 2,5 Mio. auf 972,1 Mio. t. Gleichzeitig hat das USDA die weltweiten Anfangsbestände um ebenfalls 2,5 Mio. t heraufgesetzt. Der globale Verbrauch an Mais soll angesichts der größeren Verfügbarkeit steigen, hier erwarten die Beamten nun 970,8 (plus 3,0) Mio. t. Damit geht das USDA für das laufende Wirtschaftsjahr immer noch von einem Überhang aus, während der Internationale Getreiderat für 2015/16 zuletzt eine Maisernte von 972,0 Mio. t und einen Verbrauch von 973,0 Mio. t und damit ein Defizit prognostiziert hatte. Die Maisimporte der EU sollen auf 15 Mio. t sinken. Die weltweiten Endbestände 2015/16 veranschlagt das USDA auf 208,9 (plus 1,9) Mio. t. Analysten hatten hier im Schnitt mit einer Anhebung auf 208,0 Mio. t gerechnet.

Die Schätzung für die weltweite Ölsaatenproduktion 2015/16 hob das USDA leicht auf 527 Mio. t an, während die weltweite Sojabohnenernte stabil bei 320,2 Mio. t gesehen wurde. Die Prognose für die weltweiten Sojabohnen-Endbestände 2015/16 hat das Ministerium leicht auf 79 Mio. t erhöht.

Die weltweite Weizenproduktion 2015/16 sieht das USDA in seiner April-Prognose bei 733,1 Mio. t und damit um 0,8 Mio. t höher als im Vormonat. Die Anpassung der Schätzung begründet das US-Agrarministerium unter anderem mit einer Anhebung der EU-Ernte im Vergleich zum Vormonat um 1,5 Mio. t auf einen Rekordwert von 160 Mio. t. Die Erwartung für den globalen Verbrauch hat das Ministerium gesenkt und geht nun von 708,7 (minus 0,7) Mio. t aus. Die weltweiten Weizenausfuhren sollen sich laut April-Prognose 2015/ 16 auf 163,1 (plus 0,4) Mio. t belaufen. Demnach soll die EU 32 (minus 0,5) Mio. t exportieren. Weltweit sieht das USDA die Endbestände der Saison 2015/16 bei Weizen bei 239,3 (plus 1,7) Mio. t.

* **2015/16: Russland steuert auf Getreide-Exportrekord zu**

Russland könnte im laufenden Wirtschaftsjahr eine Rekordmenge von etwa 33,8 Mio. t Getreide exportieren. Das meldet das russische staatliche Agrartransportunternehmen RusAgroTrans in seiner jüngsten Prognose. Demnach sei gemessen am Ergebnis aus dem Wirtschaftsjahr 2014/15 mit einem Zuwachs der Exporte von Weizen um 12,5 % auf gut 24,3 Mio. t zu rechnen. Die Ausfuhren von Körnermais sollen ebenfalls deutlich aufgestockt werden, und zwar um mehr als 60 % auf rund 4,9 Mio. t, schätzen die Experten.

* **IGC erwartet mehr Mais und weniger Weizen in 2016/17**

Der Internationale Getreiderat (GC) erwartet in seiner ersten, vorläufigen Prognose für das Wirtschaftsjahr 2016/17 eine weltweite Maisproduktion von 993 Mio. t. Das sind 21 Mio. t mehr, als für die laufende Saison 2015/16 prognostiziert werden. Die Ernteschätzung für die EU 2015 hat der Rat auf 57,8 (plus 0,7) Mio. t Mais heraufgesetzt. Der weltweiten Produktion 2016/17 von 993 Mio. t Mais soll ein weltweiter Verbrauch von 995 Mio. t gegenüberstehen, was ein neuer Rekord wäre. Überdies werden die Bestände Ende des kommenden Wirtschaftsjahres mit 208 Mio. t auf dem Niveau der Saison 2015/16 (206 Mio. t) erwartet. Für 2015/16 rechnet der IGC mit einem Verbrauch von 972 Mio. t Mais.

Die weltweite Weizenernte 2016/17 sieht der Rat mit 713 Mio. um 21 Mio. t unter der Vorjahresproduktion von 734 Mio. t. Die Schätzung für 2015/ 16 hat der IGC im Vergleich zum Februar noch einmal um 2 Mio.t erhöht. Unter anderem soll die EU mit 159,3 Mio. t 1 Mio. t mehr Weizen eingefahren haben als noch im Februar geschätzt.

Die weltweite Sojaerzeugung 2016/ 17 sieht der IGC bei 320 Mio. t, was ein Rückgang um 3 Mio. t im Vergleich zur Rekordmenge von 323 Mio. t in der laufenden Saison wäre. Im Vergleich zur vorherigen Schätzung im Februar hat der IGC die Prognose für 2015/16 um 2 Mio. t erhöht. Der weltweite Sojaverbrauch soll 2016/17 mit 327 Mio. t die Produktion um 7 Mio. t übertreffen. Im Vergleich zum Vorjahr wird der Verbrauch um 6 Mio. t höher gesehen. In der Folge sieht der IGC die weltweiten Sojavorräte 2016/17 auf 33 Mio. von 39 Mio. t im Vorjahr sinken.

Die gesamte weltweite Getreideerzeugung soll indes im Wirtschaftsjahr 2016/17 erstmals seit drei Jahren die Marke von 2 Mrd. t unterschreiten und dem erwarteten Verbrauch von 1,997 Mrd. t entsprechen.

* **DRV-Schätzung: Ernte 2016 kleiner als im Vorjahr**

Die Erwartungen für die Ernte 2016 bleiben mit in Höhe von gut 48,2 Mio. t überdurchschnittlich. Die aktuelle Schätzung des Deutschen Raiffeisenverbands (DRV) für den Monat April 2016 liegt damit unter Vorjahresniveau (48,9 Mio. t) und geringfügig unter der Prognose des Vormonats von gut 48,3 Mio. t. Grundlage für diese Schätzung sind die Angaben des Statistischen Bundesamtes zu den Herbstaussaatflächen 2015 sowie DRV-Erhebungen zu den Frühjahrsaussaatflächen und Hektarerträgen.

Gegenwärtig wird unverändert von einer Weizenernte in Höhe von 26,1 Mio. t (minus 1,7 % zum Vj.) und einer [Gerstenernte](http://www.topagrar.com/themen/Gerstenernte-1781600.html) in Höhe von 11,3 Mio. t ausgegangen. Dieser Wert liegt nur minimal unter dem Vormonatsergebnis von 11,4 Mio. t, allerdings 2,7 Prozent unter dem Rekordwert 2015. Beim Körnermais geht der DRV bei einer leicht ausgedehnten Anbaufläche in Höhe von 462.000 ha (plus 1,3 %) und deutlich höheren Hektarerträgen als im Vorjahr (plus 8,9 %) von einer insgesamt durchschnittlichen Ernte von knapp 4,5 Mio. t aus. Der Zuwachs bei den Hektarerträgen ist mit den teilweise extremen Mindererträgen in 2015 aufgrund der lang anhaltenden Sommertrockenheit zu erklären. Beim Roggen wird mit knapp 3,3 Mio. t weiterhin eine im Vergleich zum Vorjahr um gut 6 Prozent geringere Ernte veranschlagt. Grund dafür ist die deutliche Abnahme der [Anbauflächen](http://www.topagrar.com/themen/Anbauflaechen-1782352.html), die auf 580.000 ha prognostiziert wird (minus 5,8 %).

Für die Sommerkulturen geht der DRV wie im Vormonat von nahezu unveränderten [Anbauflächen](http://www.topagrar.com/themen/Anbauflaechen-1782352.html) aus. Bei Sommergerste werden weiterhin 365.000 ha (Vj. 369.000 ha) erwartet, bei Sommerweizen und Hafer gut 51.000 ha bzw. 127.000 ha. Die [Aussaat](http://www.topagrar.com/themen/Aussaat-1776143.html) von Sommergetreide mit Ausnahme vom Mais ist bis auf Restflächen zumeist in höheren Lagen und Regionen mit stärkeren Niederschlägen abgeschlossen.

Die Getreidebestände haben sich in den vergangenen Wochen bis auf wenige Ausnahmen insbesondere im Nordosten Deutschlands positiv entwickelt. Sie liegen nach zwei Jahren mit einer sehr zeitigen Frühjahrsentwicklung nunmehr im langjährigen Mittel.

Beim [Raps](http://www.topagrar.com/themen/Raps-1774298.html) erwartet der DRV bei einer unveränderten Anbaufläche eine Ernte auf Vorjahresniveau in Höhe von 5 Mio. t. Auch bei dieser Kultur haben die milden Temperaturen in den vergangenen vierzehn Tagen für einen zügigen Wachstumsfortschritt gesorgt. In einigen Regionen steht der Blühbeginn unmittelbar bevor.

* **Fast 40 % des weißrussischen Raps ausgewintert**

In [Weißrussland](http://www.topagrar.com/themen/Weissrussland-1774448.html) ist auch in diesem Jahr nicht mit einer allzu üppigen [Rapsernte](http://www.topagrar.com/themen/Rapsernte-1780036.html) zu rechnen. Wie der stellvertretende [Landwirtschaftsminister](http://www.topagrar.com/themen/Landwirtschaftsminister-1774857.html) Wladimir Grakun vor einigen Tagen gegenüber Journalisten in Minsk berichtete, ist der im vergangenen Herbst ausgesäte Winterraps auf 122 000 ha ausgewintert; das entspreche einem Anteil von 38 % an der gesamten Winterrapsaussaat, die auf 316 000 ha erfolgt sei. Die betreffenden Areale würden mit Sommerraps neu bestellt, erklärte Grakun. Saatgut dafür sei in ausreichender Menge vorhanden.

Dem Vizeminister zufolge erfolgt eine so starke Schädigung der Winterrapssaat wie in diesem Winter „höchstens alle fünf Jahre“. Allerdings war auch schon 2015 die weißrussische [Rapsernte](http://www.topagrar.com/themen/Rapsernte-1780036.html) schlecht ausgefallen. Insgesamt waren im vergangenen Jahr 382 000 t der schwarzen Ölfrucht eingebracht worden, die damit das Ergebnis von 2014 um 348 000 t oder 48 % verfehlte. Ausschlaggebend war dabei jedoch gewesen, dass die Landwirte den Rapsanbau zur Ernte 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 38 % auf 258 000 ha eingeschränkt hatten; zudem war der Hektarertrag im Mittel mit 15,7 dt um 2,5 dt unter dem Vorjahreswert geblieben. ([AgE](http://www.topagrar.com/themen/AgE-1775034.html))

* **Polen: ein Viertel der Rapsbestände von Auswinterung betroffen**

Die Auswinterungsschäden in den polnischen Getreide- und Rapsbeständen sind offenbar doch größer als bisher angenommen. Wie aus aktuellen Erhebungen des Instituts für Bodenkunde und Pflanzenbau (IUNG) hervorgeht, könnten landesweit bis zu 10 % des Wintergetreides und sogar bis zu 25 % der Rapsbestände von Frostschäden betroffen sein. Aufgrund der großen regionalen und graduellen Unterschiede bei der Auswinterung seien landesweit gültige Aussagen momentan schwierig, betonte das Institut. So seien im Süden des Landes allenfalls geringe Verluste aufgetreten, während Kahlfröste in Nordpolen gebietsweise für erhebliche Ausfälle bei Raps, Gerste und auch Weizen gesorgt hätten. Problematisch ist nach Darstellung des Instituts ferner, dass selbst nicht ausgewinterte Bestände in diesen Regionen deutlich geschwächt aus dem Winter gekommen sind. Sollte in den nächsten Wochen der Regen ausbleiben oder Wechselfröste für erneuten Pflan-zenstress sorgen, könnten deshalb weitere Flächen irreparabel geschädigt werden. Laut den IUNG-Angaben sind bisher vor allem zahlreiche Winterrapsflächen umgebrochen worden. Bei Getreide werde dagegen oft noch die weitere Entwicklung abgewartet, bevor endgültige Entscheidungen getroffen würden. Zur abwartenden Haltung dürfte auch der Umstand beitragen, dass Saatgut zur Frühjahrsaussaat aufgrund der vergleichsweise hohen Auswinterungsschäden bereits relativ knapp geworden sei.

* **Raps hat in der Ukraine gelitten**

Auf der Nordhalbkugel ist Winterraps seit Monaten im Boden und zeigt nun, wie er den Winter überstanden hat. Dabei waren die Schäden in diesem Jahr nur in einigen Regionen stärker als üblich. In einigen Ländern stand bereits die Aussaat unter keinem guten Stern.



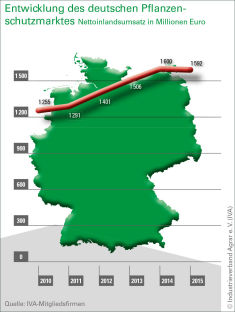
So wird vor allem in der Ukraine zur Ernte 2016 eine deutlich geringere Rapsfläche prognostiziert. Trockenheit hatte die Aussaat empfindlich beeinträchtigt und auch für einen überdurchschnittlichen Ausfall über den Winter gesorgt. Dort könnte nach Angaben der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (mbH) möglicherweise ein Viertel weniger Raps angebaut worden sein als im Vorjahr. Zwar wird ein Teil der Ausfälle mit Sommerraps nachgesät, aber dessen Erträge kommen nicht an Winterraps heran. In Polen hat der kalte Winter für überdurchschnittliche Auswinterungsschäden gesorgt, in Großbritannien litten die Feldbestände unter zu viel Wasser. Dennoch wird EU-weit eine Ausdehnung der Winterrapsfläche prognostiziert. In China wird die Rapsfläche wohl wegen der geringen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber andern Kulturen zurückgehen. Aus genau dem gegenteiligen Grund wird in Kanada eine größere Sommerrapsfläche avisiert.

(UFOP)

**4. Pflanzenschutz/Düngung**

**4.1. Pflanzenschutzmittel: Umsatz war 2015 leicht rückläufig**

Im Wirtschaftsjahr 2015 ist im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren der Verkauf von Pflanzenschutzmitteln wertmäßig leicht zurückgegangen. Der Nettoinlandsumsatz zum 31. Dezember 2015 betrug 1,592 Mrd. Euro.

[](http://www.agrarticker.de/index.php?id=318&articleid=9757&picnumber=0)

Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr mit 1,6 Mrd. Euro einen Rückgang von 0,5 Prozent im Direktgeschäft zwischen den im Industrieverband Agrar (IVA) organisierten Unternehmen der deutschen Pflanzenschutz-Industrie und dem Pflanzenschutz-Großhandel. Diese Zahlen gehen aus dem jetzt vorgelegten Jahresbericht 2015 des IVA hervor. Dort heißt es im Einzelnen:  
  
**Herbizide**

Der Herbizidumsatz ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,3 Prozent auf 636 Mio. Euro gesunken. Das Marktumfeld war gekennzeichnet von der in der medialen Öffentlichkeit sehr intensiv geführten Debatte um den Wirkstoff Glyphosat.   
  
**Fungizide**

Der Fungizidumsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5,0 Prozent auf 711 Mio. Euro. Dies beruht insbesondere auf einer verstärkten Nachfrage auf allen Handelsebenen und der Landwirtschaft. Der Gesamtverbrauch von Getreidefungiziden ist im Vergleich zu 2014 gesunken. Die Verkäufe an den Großhandel lagen aber noch über dem hohen Niveau des Vorjahres, was zu einem Lagerbestandsaufbau auf allen Handelsebenen geführt hat.

In den frühen Entwicklungsstadien entstand zeitig Behandlungsbedarf vor allem gegen Gelbrost, wobei der Krankheitsdruck nicht mit dem des Vorjahres vergleichbar war. Mit dem Einsetzen der Niederschläge Ende April musste auch gegen weitere Getreidekrankheiten behandelt werden, wobei sich der Behandlungsdruck erst allmählich aufbaute. Der Befall durch Septoria und Rost lag in Norddeutschland auf einem sehr hohen Niveau.  
  
**Insektizide**

Der Insektizidumsatz liegt im Vergleich zum Vorjahr mit 134 Mio. Euro um 10,7 Prozent unter dem Wert des Vorjahres. In den Rapskulturen traten im Frühjahr Rapsglanzkäfer und Rüssler seltener auf als im Vorjahr. Im Herbst standen im Raps keine neonikotinoidhaltigen Beizen zur Verfügung. Allerdings musste der Rapserdfloh 2015 weniger intensiv bekämpft werden als 2014. Insektizidanwendungen im Getreide konnten im Frühjahr 2015 reduziert werden, da Blattläuse seltener auftraten als im Durchschnitt der vergangenen Jahre.  
  
**Sonstige Pflanzenschutzmittel**

Der Umsatz der „sonstigen“ Pflanzenschutzmittel wie beispielsweise Wachstumsregulatoren, Rodentizide (Mittel zur Bekämpfung von Nagetieren) und Schneckenmittel (Molluskizide) stieg um 18,1 Prozent auf 111 Mio. Euro. Bei den Wachstumsregulatoren haben der „normale“ Vegetationsstart und die geringen Warenbestände in der Distribution zu einem frühen Bedarf geführt. (*agt)*

**4.2. Zulassung von Glyphosat:**

**EU-Parlament empfiehlt sieben anstatt 15 Jahre**

Das Europäische Parlament hat keine Bedenken, einer Verlängerung der Zulassung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat zuzustimmen. Entgegen dem Vorschlag der EU-Kommission soll die Zulassung aber auf sieben Jahre beschränkt werden und nicht für 15 Jahre erteilt werden.

In der am 13.04.2016 verabschiedeten Erklärung knüpften die EU-Parlamentarier die Zulassung zudem an Bedingungen. Sie verlangen eine unabhängige Untersuchung und die Veröffentlichung aller von der EU-Agentur für Lebensmittelsicherheit EFSA zur Bewertung von Glyphosat herangezogenen wissenschaftlichen Unterlagen. Ferner dürfe der Stoff nur für die professionelle Nutzung zugelassen werden, nicht aber für die Verwendung in öffentlichen Parks oder auf Spielplätzen.

In der Erklärung wird die Kommission auch dazu aufgerufen, einen neuen Entwurf einer Durchführungsverordnung vorzulegen, mit dem besser für die nachhaltige Verwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel Sorge getragen wird. Die Resolution ist für die EU-Kommission nicht bindend. Ihr stimmten 374 Abgeordnete zu, bei 225 Gegenstimmen und 102 Enthaltungen.

Der Umweltausschuss des Parlaments hatte für ein Zulassungsverbot für Glyphosat plädiert, solange es Zweifel daran gebe, ob der Wirkstoff krebserregend sei. Die Kommission hat sich bei ihrem Vorschlag zur Wiederzulassung des Wirkstoffs auf Gutachten der EFSA und des deutschen Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) gestützt. Beide vertreten die Auffassung, dass es unwahrscheinlich sei, dass Glyphosat krebserregend sei.

Die bei der WHO angegliederte Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) hatte den Stoff hingegen als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft. Die von der Kommission vorgeschlagene Neuzulassung von Glyphosat für 15 Jahre ist auch unter den EU-Staaten umstritten. Bei der Tagung des zuständigen Expertengremiums der Mitgliedstaaten Anfang März hatte sich nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit für die weitere Zulassung abgezeichnet. Frankreich, Italien und die Niederlande haben den weiteren Einsatz des in vielen Pflanzenschutzmitteln verwendeten Wirkstoffs abgelehnt, andere baten um Bedenkzeit.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft prüft zurzeit die Abgabe von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat und anderen Herbiziden an nicht-professionelle An-wender einzuschränken oder zu verbieten. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (18/8049) auf eine Kleine Anfrage der Faktion Bündnis 90/Die Grünen (18/7960) hervor. Weiter geht aus der Antwort hervor, dass die Prüfung anhand fachlicher Notwendigkeiten und rechtlicher Vorgaben erfolge, die sowohl das EU-Recht als auch das deutsche Pflanzenschutzrecht betreffen würden. Ein Ergebnis der Prüfung sei derzeit noch nicht abzusehen.

Nach Abstimmung im EU-Parlament zugunsten des Verbleibs des Wirkstoffs Glyphosat auf dem Markt fordern Copa und Cogeca, die EU-Vereinigung der Landwirte und Genossenschaften, die Erneuerung der Zulassung für 15 Jahre. Der Generalsekretär von Copa und Cogeca, Pekka Pesonen, erklärte: „Da die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA die Sicherheit des Wirkstoffs bestätigt hat, erwarten wir von der EU-Kommission, dass sie die Zulassung für weitere 15 Jahre verlängert. Glyphosat findet breiten Einsatz in Pflanzenschutzmitteln in allen EU-Mitgliedstaaten und ist aufgrund seiner Verfügbarkeit und des kosteneffizienten Preises zentraler Bestandteil des Werkzeugkastens der Landwirte.“

**Mecklenburg-Vorpommern: Nur wenige und unbedenkliche Glyphosat-Rückstände gefunden**

Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat ist bei Lebensmitteltests in Mecklenburg-Vorpommern in den Vorjahren nur selten nachgewiesen worden. Von 247 amtlichen Proben seit 2010 seien in sieben Fällen Glyphosat- Reste entdeckt worden, teilte Agrarminister Till Backhaus (SPD) am Dienstag mit. Die Mengen hätten in jedem Fall weit unterhalb der Bedenklichkeitsgrenze gelegen.

**4.3. Keine Lockerung beim Neonikotinoidverbot in Deutschland**

Das [Bundeslandwirtschaftsministerium](http://www.topagrar.com/themen/Bundeslandwirtschaftsministerium-1774574.html) plant keine Wiederzulassung neonikotinoidhaltiger Beizmittel. Das hat ein Ministeriumssprecher ausdrücklich klargestellt. Er widersprach damit Medienberichten, wonach das Agrarressort per [Verordnung](http://www.topagrar.com/themen/Verordnung-1775268.html) Ausnahmen für die Verwendung von Neonikotinoiden im [Anbau](http://www.topagrar.com/themen/Anbau-1775570.html) von Wintergetreide vor der EU-Entscheidung 2017 zulassen will.

Ressortchef Christian Schmidt mache sich vielmehr mit der anstehenden [Verordnung](http://www.topagrar.com/themen/Verordnung-1775268.html) weiter für den Bienenschutz stark, betonte der Sprecher. Man beabsichtige für neonikotinoidhaltige Beizmittel die Aufrechterhaltung eines höheren Schutzniveaus als in der übrigen EU. Die EU-[Verordnung](http://www.topagrar.com/themen/Verordnung-1775268.html) zum Teilverbot der Neonikotinoide lasse nämlich die Saatgutbehandlung sowie die [Aussaat](http://www.topagrar.com/themen/Aussaat-1776143.html) von so behandeltem Wintergetreide explizit zu, hieß es weiter aus dem Agrarressort.

Die Eilverordnung vom Sommer 2015, mit der Schmidt die [Aussaat](http://www.topagrar.com/themen/Aussaat-1776143.html) von nach Deutschland eingeführtem Wintergetreide-Saatgut verboten habe, das mit Neonikotinoiden behandelt sei, gelte nach dem [Pflanzenschutzgesetz](http://www.topagrar.com/themen/Pflanzenschutzgesetz-1775923.html) längstens für sechs Monate. Sie müsse daher durch eine reguläre, dauerhaft geltende [Verordnung](http://www.topagrar.com/themen/Verordnung-1775268.html) ersetzt werden. Wegen des freien Verkehrs in der EU sei der Erlass einer nationalen [Verordnung](http://www.topagrar.com/themen/Verordnung-1775268.html) der einzige Weg für Deutschland, strengere Qualitätsanforderungen für aus anderen Mitgliedstaaten importiertes, behandeltes Saatgut für Wintergetreide festzulegen, unterstrich der Sprecher.

Der Entwurf zur [Verordnung](http://www.topagrar.com/themen/Verordnung-1775268.html) befinde sich derzeit zur Notifizierung bei der EU-Kommission. Die Mitgliedstaaten hätten dabei die Möglichkeit, Kommentare dazu einzureichen. Nach Abschluss der Notifizierung werde der Entwurf gegebenenfalls angepasst und dann dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet. Im Sommer 2016 solle die [Verordnung](http://www.topagrar.com/themen/Verordnung-1775268.html) dann in Kraft treten.

**4.4. COCERAL-Statement über Pflanzenschutzmittel und Glyphosat**

In einem Schreiben an die EU-Entscheidungsträger und Mitglieder des EU-Parlaments fordert unser EU-Dachverband COCERAL, sich bei der Entscheidung über die Erteilung oder Erneuerung der Zulassung jeden Pflanzenschutzmittels ausschließlich nach wissenschaftlichen Erkennt-nissen zu richten.

Pflanzenschutzmittel sind essentiell für die Sicherstellung von nachhaltigen Erträgen und der Qualität der landwirtschaftlichen Produktion in Europa. Sie sind von wesentlicher Bedeutung für die Landwirte, wenn es darum geht, die Auswirkungen von natürlich vorkommenden fungiziden Verunreinigungen wie Mykotoxine zu regulieren, sowie schädliche Wirkungen von Insekten oder unerwünschten Unkräuter zu kontrollieren. Pflanzenschutzmittel mindern das Risiko von Ernteeinbußen und sorgen dafür, dass keine unverkäufliche Ware produziert wird. Ohne die Möglichkeit, Pflanzenschutzmittel einzusetzen, sei Europa nicht in der Lage, eine nachhaltige Versorgung mit gesundem Getreide, gesunden Ölsaaten und anderen Ackerkulturen sicherzustellen.

COCERAL vertraut den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen der European Food Safety Authority (EFSA), auch in Bezug auf den Wirkstoff Glyphosat. Die EFSA hat Glyphosat insgesamt als nicht bedrohlich für die menschliche Gesundheit eingestuft, einschließlich seiner Rückstände, dessen bloße Anwesenheit kein Beweis dafür ist, eine chronische oder akute Gefahr für die Verbraucher darzustellen.

COCERAL fordert die EU- Entscheidungsträger und Mitglieder des EU-Parlaments dazu auf, den Wirkstoff Glyphosat auf dem EU-Markt zu halten und die Verlängerung der Genehmigung schnellstmöglich sicherzustellen. Dazu COCERAL-Generalsekretär Teresa Babuscio: "Mit der EFSA und den Lebensmittelbehörden haben die Mitgliedstaaten die Sicherheit von Glyphosat bestätigt. Angesichts der Bedeutung des Wirkstoffs für die Landwirte der EU erwarten wir, dass das Herbizid erneut von der EU-Kommission genehmigt wird." Sie fügte hinzu: "Glyphosat ist das am weitesten verbreitete Herbizid in der Welt. Ein Scheitern der Zulassungserneuerung würde ernsthaft die Lieferung von Getreide und Ölsaaten auf dem EU-Markt gefährden.“

**4.5. Neues Fachinstitut für Bienenschutz im Julius-Kühn-Institut nimmt Arbeit auf**

Anfang April hat das das neue Institut für Bienenschutz im Julius-Kühn-Institut seine Arbeit aufgenommen. Das Ziel ist, Honigbienen und Wildbienen zu schützen, ihre Lebens- und Ernährungsgrundlagen zu erhalten und zu verbessern sowie die Bienenvölker gesund und vital zu erhalten.

Die Aufgaben des Instituts für Bienenschutz sind vielfältig. Wichtigste Ziele sind, die Interaktionen zwischen Bienen und der Landwirtschaft bzw. den Agrarräumen zu erforschen. Risiken für die Bestäuber selbst bzw. für ihre Bestäubungsleistung, die durch den Anbau von Kulturpflanzen entstehen können, sollen erkannt werden. Um potentielle Gefahren und Risiken zu minimieren, müssen u.a. neue Strategien und Verfahren entwickelt werden. Die Forschungen und wissenschaftlichen Bewertungen des neuen Instituts sollen auch dazu beitragen, die biologische Vielfalt in Agrarökosystemen und Kulturlandschaften zu erhalten und zu verbessern.

Für Bienen und andere Bestäuber sind hohe Schutzstandards zu gewährleisten, so der Wunsch von Politik und Gesellschaft. All diese Aspekte und Maßnahmen kommen Honigbienen und anderen Bienenarten zugute. Auch die nach langen Jahren des Rückgangs wieder wachsende Anzahl an Imkern profitiert davon.

**4.6. Kommission verlangt Nachbesserungen bei der Novelle der Düngeverordnung**

Der bislang vorliegende Zeitplan für die Neufassung des Düngerechts kommt ins Rutschen. Nachdem die Europäische Kommission Ende März eine ausführliche Stellungnahme zum Entwurf der Bundesregierung für eine Novelle der Düngeverordnung abgegeben hat, verlängert sich die Stillhaltefrist der Brüsseler Behörde bis zum 22. Juni 2016.

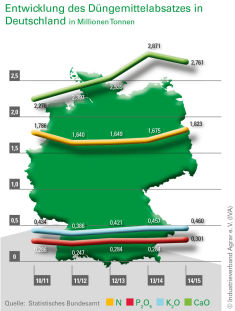
Damit wird der ursprüngliche Plan hinfällig, dass der Bundesrat im Mai zusammen mit der Änderung des Düngegesetzes und der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ([AwSV](http://www.topagrar.com/themen/AwSV-1775284.html)) im Mai über die neue Düngeverordnung entscheidet. Inzwischen ist ungewiss, ob die Neuregelungen noch vor der Sommerpause beschlossen werden. Die letzte Möglichkeit dazu wäre die Bundesratssitzung am 8. Juli.

Dem Vernehmen nach fordert die Brüsseler Administration in ihrer Stellungnahme an mehreren Punkten Nachbesserungen am Regierungsentwurf zur Düngeverordnung. Die Forderungen beziehen sich unter anderem auf die Berücksichtigung der Eutrophierung von Gewässern bei der Festlegung belasteter Gebiete sowie die in diesen sogenannten „roten Gebieten“ durchzuführenden Maßnahmen. Ferner monieren die Kommissionsbeamten die Höhe der Kontrollwerte bei der Bewertung der Ergebnisse des Nährstoffvergleichs sowie die eingeräumte Übergangsfrist für die Schaffung der Lagerkapazität von Festmist.

Derzeit ist unklar, ob die Bundesregierung den „Wünschen“ der Kommission nachkommen wird. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der gegenwärtig schwierigen Lage in vielen Betrieben dürfte die Bereitschaft auf landwirtschaftlicher Seite zu weiteren Zugeständnissen sehr gering sein.

**4.7. Düngemittel: 2014/15 mehr Mineraldünger verkauft**

Der weltweite Absatz an Mineraldünger hat im zurückliegenden Jahr leicht um knapp 1 Prozent zugenommen. Für die nächsten Jahre wird wieder ein stärkerer Zuwachs prognostiziert, der hauptsächlich von den Wachstumsmärkten in Asien und Lateinamerika getragen wird.

[](http://www.agrarticker.de/index.php?id=318&articleid=9758&picnumber=0)

Auch in Deutschland hat der Absatz mineralischer Stickstoff-, Phosphat- und Kalidünger in der Saison 2014/15 (Juli bis Juni) im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Der Stickstoffabsatz legte um 8,8 Prozent auf nun 1,82 Mio. t Stickstoff (N) zu. Der tatsächliche Stickstoffverbrauch in der Landwirtschaft wird allerdings deutlich niedriger eingeschätzt. Im Juni 2015 wurden noch überdurchschnittlich hohe Mengen an Stickstoffdünger verkauft, die aber überwiegend im laufenden Düngejahr 2015/16 ver-braucht wurden.

Der Phosphatabsatz stieg auf nun 301.000 t P2O5 an, was einem Plus von 17.000 t bzw. von 6,1 Prozent entspricht. Der Absatz von Kali blieb mit einem leichten Plus von 0,6 Prozent stabil und betrug insgesamt 460.000 t K2O.  
  
**Saison 2015/16**

Aufgrund des im März und April sehr kühlen Wetters und der niedrigen Erzeugerpreise bei Getreide, Milch und Schweinefleisch ist die Nachfrage der Landwirtschaft nach Stickstoffdünger in der laufenden Saison 2015/16 bis einschließlich März verhaltener als in den Vorjahren.

**4.8. BVA-Botschaften zur Düngemittel-Verordnung an EU-Handelsverband**

Der EU-Dachverband des Groß- und Einzelhandels, EuroCommerce, hat in einer internen Sitzung den Entwurf der EU-Düngemittelverordnung (DüMV) im Rahmen des Circular Economy Package diskutiert. Über den deutschen Vertreter des Bundesverbandes Groß- und Außenhandel (BGA) hatte der BVA Gelegenheit, einige Botschaften zur DüMV zu überbringen. Darin haben wir deutlich gemacht, dass mit einer deutlichen Zunahme von Düngemitteln aus Bio-Abfall und Sekundär-Rohstoffen zu rechnen ist.

Vor allem die Betrachtung möglicher Düngemittel aus organischen Reststoffen, etwa Bio-Abfall, Kompost, Klärschlamm, darf sich nicht nur auf den Gedanken der Kreislaufwirtschaft und die Versorgung mit Nährstoffen aus eigenen Quellen reduzieren lassen. Denn der Einsatz dieser Düngemittel birgt je nach Herkunft des Ausgangsmaterials durchaus die Gefahr, dass neben Schwermetallen auch eine Kontamination mit organischen Schadstoffen und pharmazeutisch wirksamen Sub-stanzen vorliegen kann. Vor allem bei so genannten Siedlungsabfällen wie Klärschlamm oder Bio-Abfall-Kompost kann das Risiko nicht ausgeschlossen werden, dass Reste von Haushaltschemikalien, Arzneimitteln oder hormonell wirkenden Subtanzen (z.B. von der Anti-Baby-Pille) das Substrat belasten und durch die Ausbringung ungewollt in das Ökosystem Acker und schließlich in den Nahrungskreislauf des Menschen gelangen.

Organische Düngemittel wie Gülle jeglicher Art stellen zweifelsohne eine wichtige Quelle mit pflanzlichen Nährstoffen dar. Das Eintragsrisiko von Pathogenen fäkalen Ursprungs in die Nahrungskette ist unter bestimmungsgemäßer Verwertung gering. Ein erhöhtes Risiko liegt jedoch vor, wenn organische Düngemittel grenzüberschreitend eingesetzt und dadurch neue mögliche Infektionsketten geschaffen werden können.

Auf Grund des chemischen Herstellungsprozesses sind Nährstoff- aber auch Schadstoffgehalte und Wirkungsweisen mineralischer Düngemittel eindeutig ausgewiesen. Für die Vielzahl an Düngemitteln organischer Herkunft ist eine exakte Bestimmung nach Ansicht des BVA jedoch eingeschränkt möglich. Hinzu kommen oben beschriebene Risiken, die bei einer Zulassung eines EU-Düngemittels zwingend zu beachten sind. Der BVA fordert aus diesen Gründen gerade bei grenzüberschreitender Vermarktung und Ausbringung von organischen Düngemitteln strengste Zulas-sungsbedingungen mit entsprechenden Grenzwerten und Kontrollen. Darüber hinaus stellt sich die Klärung der Haftungsfrage infolge ungewollter Kontamination von Erntefrüchten und damit Lebensmitteln sowie Infektion wertvoller Nutztierbestände.

**Neue Vorschriften sind nach Annahme durch das EU-Parlament unmittelbar anwendbar**

Die neuen Regeln gelten für alle Arten von Düngemitteln. Mit der Verordnung wird ein Grenzwert für Kadmium in Phosphatdüngern eingeführt. Die Grenzwerte werden von 60 mg/kg auf 40 mg/kg (nach drei Jahren) und später auf 20 mg/kg (nach zwölf Jahren) gesenkt.

Nach Zahlen der EU-Kommission werden derzeit 5 % der Bioabfälle recycelt. Nach Berechnungen der Kommission könnten bis zu 30 % der nichtorganischen Düngemittel ersetzt werden, wenn mehr Bioabfälle wiederverwertet würden. Derzeit importiert die EU jährlich etwa 6 Mio. t Phosphate, nach den Plänen der EU-Kommission sollen bis zu 30 % dieser Menge durch Extraktion aus Klärschlamm, biologisch abbaubaren Abfällen, Fleisch- und Knochenmehl oder Gülle ersetzt werden.

Der Verordnungsentwurf wird jetzt dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Annahme übermittelt. Nach der Annahme wird sie nach einem Übergangszeitraum, der es Unternehmen und Behörden ermöglicht, sich auf die neuen Vorschriften vorzubereiten, unmittelbar anwendbar, ohne dass eine Umsetzung in nationales Recht erforderlich ist.

**5. Erneuerbare Energien**

**5.1. EEG-Novelle 2016**

Am 29. Februar 2016 wurde der Gesetzentwurf zur Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie veröffentlicht. Der Referentenentwurf sieht vor, dass der in EEG-Anlagen erzeugte Strom künftig grundsätzlich nur noch bezahlt wird, wenn die Anlagen erfolgreich an einer Ausschreibung teilgenommen haben, wie es bereits mit dem EEG 2014 beschlossen wurde. Zu diesem Zweck wird die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Zahlungen für Strom aus neuen Anlagen regelmäßig ausschreiben. Dabei werden die Ausschreibungsvolumen so bemessen, dass der Ausbaukorridor (40 bis 45 Prozent Erneuerbaren-Anteil im Jahr 2025) eingehalten wird. Kleinere Anlagen mit einer installierten Leistung 1 Megawatt (MW) sind von den Ausschreibungen ausgenommen und werden wie bisher vergütet. Folgende Technologien sind von den Ausschreibungen ausgenommen:

* neue Wasserkraft-,
* Geothermie-,
* Deponiegas-,
* Klärgas- und Grubengasanlagen.

Die Bundesregierung prüft derzeit – auch auf Empfehlung des Bundesrates –, wie Ausschreibungen für Biomasseanlagen sinnvoll umgesetzt werden können. Der Gesetzentwurf enthält daher erste Eckpunkte und eine Verordnungsermächtigung für die Umsetzung von Ausschreibungen für Biomasseanlagen. Das Ausschreibungssystem soll insbesondere effizienten bestehenden Biomasseanlagen eine wirtschaftliche Anschlussperspektive bieten, heißt es im Referentenentwurf.

Nach Auffassung von Branchenverbänden weisen die Vorschläge des BMWi grundsätzlich in die richtige Richtung, gehen aber nicht weit genug. „Eine Verordnungsermächtigung, mit der das Ministerium nach Belieben eine Entscheidung entweder treffen oder auch auf die lange Bank schieben könnte, schafft neue Unsicherheit in der Bioenergiebranche. Tausenden Anlagenbetreibern, die umweltfreundlich Strom und Wärme produzieren, droht damit ein rechtliches Vakuum“, kritisiert der Hauptgeschäftsführer des Fachverband Biogas e.V. (FvB), Dr. Claudius da Costa Gomez. Verbandsvertreter äußerten darüber hinaus den Wunsch, dass sich auch bereits bestehende Anlagen um eine erneute Vergütung bewerben können und kleine Anlagen von der Ausschreibungspflicht ausgenommen sind. Wünschenswert aus Sicht vieler Verbände wäre, dass das Gesetz einen moderaten Zubau an Anlagen durch einen Netto-Ausbaupfad durch die Ausschreibungen ermöglicht. Aus Sicht der Biogasanlagenbetreiber ist eine neue Verordnung dringend erforderlich, da 2020 die feste Vergütungsgarantie ausläuft.

**5.2. EEG-Novelle: Ausstieg aus der Bioenergie, so der DBV**

Der jetzt vorliegende Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist für den Deutschen Bauernverband (DBV) nicht akzeptabel. „Das EEG bietet keine Perspektive für die Bioenergie, sondern bedeutet Abbau."

Der DBV fordert eine konkrete, ab 2017 geltende Anschlussregelung im EEG, um die Vorteile der Bioenergie für die Energiewende effektiv zu nutzen“, erklärte der Vorsitzende des Fachausschusses Erneuerbare Energien, Rainer Tietböhl, vor Journalisten in Berlin. „Die vom Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagene Verordnungsermächtigung und die Deckelung der Ausschreibungen sind völlig unzureichend“, so Tietböhl.

Mit den vorgesehenen Regelungen würde die Bioenergie-Leistung in den kommenden 15 Jahren um etwa 80 Prozent abgebaut. Denn die im Gesetz vorgesehenen 100 Megawatt (MW) an jährlicher neuer Leistung bedeuteten einen massiven Rückbau, weil gleichzeitig ab 2020 etwa 400 MW pro Jahr aus der Förderung herausfallen. Der DBV fordert gemeinsam mit den Bioenergieverbänden eine Wahrung des derzeitigen Bestandes der Stromproduktion aus Biomasse.

***Eckpunkte der EEG-Novelle 2016:****Ausschreibungsverfahren statt fester Fördersätze, sowohl für PV-Anlagen größer 1 MW als auch für Windkraft.*  
*Übergangsfristen: für Windkraft offshore sukzessive ab Inbetriebnahme 2021. Für Windkraft an Land sollen die Ausschreibungen ab 2017 gelten.*  
*Hinterlegung von Sicherheiten: Wer an einer Ausschreibung teilnimmt, muss eine Sicherheit von 30 Euro je Kilowatt installierter Leistung hinterlegen. Bei einem Windpark mit 3 MW sind das allein 90.000 Euro – zinslos und vorab hinterlegt.*  
*Verschiedene (geringe) Ausbaukorridore für die einzelnen EE.*  
*Für Bioenergie ist bisher noch keine neue Regelung vorgesehen.* (*agt*)

**5.3. Fusion der Pflanzenölverbände BDOel und BVP**

**Oberstes Ziel ist die Wiederbelebung des Bio-Reinkraftstoffmarktes.**

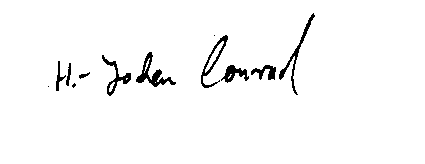
„Mit der Fusion unserer Pflanzenölverbände erhöhen wir unsere Schlagkraft und treten verstärkt an all die wichtigen Themen heran. Unser oberstes Ziel ist die Wiederbelebung des Bio-Reinkraftstoffmarktes“, sagte Günter Hell, Präsident des nun rechtsgültig fusionierten Bundesverbandes Dezentraler Ölmühlen und Pflanzenöltechnik e.V. (BDOel). Hervorgegangen aus dem Bundesverband Dezentraler Ölmühlen e.V. (BDOel) und dem Bundesverband Pflanzenöle e.V. (BVP), erhielten Präsidium und Vorstände mit einstimmigen Beschluss und notariell beurkundet im Rahmen der Ölmüllertage in Fulda ihr Vertrauen von den Mitgliedern. Die Zusammenführung der Verbände verknüpft den Produktions-und Vermarktungsbereichs mit der technologischen Entwicklung und Umsetzung und schafft so größere Handlungsspielräume, um mit Politik, Wissenschaft und Industrie an innovativen Lösungen zu arbeiten. Die regionale und dezentrale Ausrichtung des Verbandes trägt der multifunktionellen und ressourcenschonenden Verwendung heimischer Ölpflanzen als Kraftstoff, Speiseöl oder auch als Schmier-und Verfahrensstoff in vollem Umfang Rechnung.

„Die Lage für Bio-Reinkraftstoffe ist weiter angespannt, der Rückgang von dezentralen Ölmühlen dramatisch, die Diskussion um Nachhaltigkeit beim Anbau von Energiepflanzen in vollem Gange – unsere Mitglieder brauchen eine starke Stimme, die ihre Interessen unterstützt und artikuliert“, erläuterte Hell. „Uns liegen die gleichen Themen am Herzen. Die Fusion war ein logischer Schritt, um diesen Interessen ein stärkeres Gewicht zu geben“, bekräftigte Hans-Wilhelm Janßen, der bislang als Vorsitzender die Interessen des BVP vertrat. Die dezentral Ölsaaten verarbeitenden Ölmühlen, deren Zahl von 2007 bis heute von 585 auf 274 gesunken ist, sollen wieder aktiviert werden. Ihr Hauptgeschäft lag einst im Absatz von Rapsölkraftstoff – von 772.000 Tonnen im Jahr 2007 wurden 2011 gerade noch 15.000 Tonnen abgesetzt. Der Produktionsschwerpunkt Rapsölkraftstoff in seiner dezentralen Struktur ist jedoch ein wichtiger Erwerbszweig im Mittelstand und stützt die regionale Wertschöpfung. Die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen machen den Einsatz von Bio-Reinkraftstoffen aber wirtschaftlich nicht rentabel. Insofern braucht es neue Konzepte, die ihre Anwendung wieder attraktiv machen und gleichzeitig dem Umweltschutz Rechnung tragen.

Um die ökologische Nachhaltigkeit zu gewährleisten, braucht es abgesteckte Absatzmärkte.

Die deutsche Land-und Forstwirtschaft, deren Kraftstoffbedarf auf rund vier Prozent der heimischen Flächen produziert werden kann, erhält beim Pressen der Rapssaat zwei Drittel als hochwertiges Eiweißfuttermittel und ersetzt dadurch Importe aus Übersee. Zudem hat Rapsölkraftstoff die besten Werte zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen. „Auch wenn es unserer Branche derzeit nicht gut geht - wir haben viele Vorteile und gehen mit frischem Mut an die vielfältigen Aufgaben heran“, sagte Hell. Dafür gilt es, verschiedene Akteure der Branche an einen Tisch zu holen. „Wir suchen den Dialog und streben eine aktive Zusammenarbeit mit beteiligten Verbänden und Organisationen an“, so Hell.

Mit freundlichen Grüßen



H.-Jochen Conrad

Geschäftsführer

**Anlagen zur Info**

* Pressemitteilungen des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft e. V.
* Interview mit BVA-Präsident Konrad Weiterer
* Artikel aus der Bauernzeitung „Nachbarschaftshilfe oder Lohnarbeit“